

mittendrin

Ausgabe 12/2009
Informationen des
Bezirksvorstandes
und der BVV-Fraktion
DIE LINKE Berlin-Mitte



Foto: Archiv

Mitte soll nicht zur »Reichshauptstadt« werden – dank aktiver Bürger

Von Mitte aus aktiv gegen Rechts

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus

Von Entwarnung kann trotz der Misserfolge der NPD im Superwahljahr nicht geredet werden. In Mitte ist nach den Auseinandersetzungen um die Eröffnung des »Tønsberg«-Ladengeschäfts zum Vertrieb von Mode der unter Rechtsextremen beliebten Bekleidungs-marke »Thor Steinar« Anfang 2008 und der erfolgreichen Arbeit des Bündnisses »Mitte gegen Rechts« weiter aktiv gegen rechtes Gedankengut vorzugehen. Ein wichtiger Akteur ist in Berlin die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus – kurz MBR.

Träger der MBR ist der Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V., der seinen Sitz in der Chausseestraße 28 in Mitte hat. Weitere Projekte des Vereins sind »amira – Antisemitismus im Kontext von Migration und

Rassismus« sowie ein Team zur »Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in kommunalen Gremien.« Im Beirat sind neben anderen Anetta Kahane von der Amadeu Antonio Stiftung, Annelie Buntenbach vom DGB und Bärbel Grygier – ehemalige Bürgermeisterin von Friedrichshain-Kreuzberg – engagiert.

Die Arbeit Mobiler Beratungsteams ist unverzichtbarer Bestandteil der Strategie gegen Rechtsextremismus und für eine Förderung der Demokratie. Neben den Schwerpunktbezirken Pankow, Lichtenberg, Trep-tow-Köpenick und Friedrichshain-Kreuzberg erhält die MBR regelmäßig Anfragen von Akteuren aus weiteren Stadtteilen Berlins, darunter die Bezirke Steglitz-Zehlendorf, Tempelhof-Schöneberg und Mitte.

Insgesamt konzentriert sich der Bera-

tungs- und Handlungsbedarf bisher auf die Handlungsfelder Schule, kommunale Politikberatung und Nachbarschaftskonflikte in Bezug auf Alltagsrassismus und Ethnisierung sozialer Konflikte.

Hinzu kommt durch den Einzug der NPD und Republikaner in fünf Berliner Bezirksparlamente nach den Kommunalwahlen im September 2006 eine verstärkte Auseinandersetzung mit rechtsextremen Parteien in den Bezirksverordnetenversammlungen.

Unter dem Begriff Rechtsextremismus werden die unterschiedlichsten Phänomene und gegen die Menschenrechte und Demokratie gerichteten Denkweisen zusammengefasst. Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) bereitet hierzu Informationen auf, recherchiert Quellen und führt eigene Analysen durch. Hierbei stehen lokale Kräfteverhältnisse und Bedingungen ihrer Veränderung im Fokus.

Wie wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, werden diese und andere zum Syndrom des Rechtsextremismus gehörende Einstellungsmuster – wie Autoritarismus, Homophobie und andere von der Ungleichwertigkeit von Menschen ausgehende Vorstellungen – von großen Teilen der Gesellschaft geteilt, ohne dass diese sie zu einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild ausgearbeitet haben. Diese »Übergänge« sind Ansatzpunkte der Aufklärungsarbeit Mobiler Beratungstätigkeit, um die Werte der Menschenrechte und Demokratie in größere Teile der Gesellschaft zu transportieren.

Bereits zum dritten Mal gab in diesem Jahr das Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin »apabiz« gemeinsam mit der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus die »Berliner Zustände« heraus. Schwerpunkte dieses Jahresrückblicks aus der Sicht von fünf Berliner Projekten und weiteren Berliner Autoren sind die Themenkomplexe Rechtsextremismus, Rassismus und Homophobie. Diesen Bericht und viele weitere Informationen finden sich im Internet unter www.mbr-berlin.de. **Christoph**

Wünsche zum Jahreswechsel

Allen Genossinnen und Genossen, allen Sympathisantinnen und Sympathisanten, allen Leserinnen und Lesern der »mittendrin« wünschen wir ruhige und erholsame Weihnachtsfeiertage im Kreise der Familie, einen guten, unfallfreien Rutsch ins neue Jahr und für 2010 viel Glück, Gesundheit und (gemeinsame) Erfolge!

Bezirksvorstand, BVV-Fraktion und Redaktion der »mittendrin«

DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Tel.: 030 / 24009-336, Fax -337
Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr,
Do. bis 19 Uhr, Fr. bis 14.30 Uhr

Die BVV tagte im November schon eine Woche früher, um noch fristgemäß über den Haushalt 2010/2011 zu beschließen und eine vorläufige Haushaltswirtschaft für den Bezirk, bei der jede Zuweisung an freie Träger und jede Rechnung nur mit Zustimmung der Senatsverwaltung für Finanzen beglichen werden kann, zu verhindern. Das ging gründlich daneben.

Die Grünen und die CDU wollten ja schon immer mal probieren, wie es sich unter vorläufiger Haushaltswirtschaft lebt – wie Kinder, die trotz aller Mahnungen eben doch die dünne Eisdecke betreten – und stimmten gegen den Haushalt. Aber auch die SPD lehnte in einer »Demonstration der Stärke« gegenüber der LINKEN, die den Antrag des Jugendhilfeausschusses gegen die Schließung des Weinmeisterhauses und des Jugendclubs Werk 9 unterstützte, den Haushalt ab. Alles noch einmal von vorn oder wie, das ist jetzt die Frage, die das Bezirksamt beantworten muss.

Auf der Tagesordnung standen in Anbetracht der Haushaltsdebatte nur wenige andere Drucksachen. Debattiert wurde die Entscheidung des Bezirksamts, im Bezirk ein Sprachförderzentrum (Anfrage der LINKEN, Drs. 1424/III) einzurichten. Noch in der letzten Wahlperiode hatte die BVV das Bezirksamt durch einen Beschluss beauftragt, eine Konzeption für ein solches Zentrum zu erarbeiten. Ohne Frage kann in unserem Bezirk, wo eine erfolgreiche Sprachförderung eines der wichtigsten Elemente für eine erfolgreiche Integration von Kindern und Ju-



Alles zurück auf Start?

gendlichen ist, die Einrichtung eines Sprachzentrums sehr positiv wirken. Jetzt war die BVV jedoch überrascht, dass das Bezirksamt das Sprachförderzentrum errichtet, Personalstellen und Sachmittel im Haushalt eingestellt, aber keine der BVV-Gremien vorher mit der inhaltlichen Zielstellung, den Aufgabenbereichen und den ausgestatteten Kompetenzen vertraut gemacht hat. Dieser Alleingang verursachte nicht nur viele Nachfragen an den Bürgermeister, sondern produzierte Unmut. Berechtigte Zweifel gab es u.a. über die Aufgabenausrichtung, denn die Evaluation des Sprachstands bei Kindern erfolgt bereits durch andere Einrichtungen und Instrumentarien (z.B. Sprachtest »Bärenstark«). Nachgefragt wurde, wie die Vernetzung der einzelnen Fachressorts (Kitabereich-Schule-Gesundheit-Integration) erfolgen soll. So forderten schließlich die Bezirksverordneten, die Vorlage des Konzepts nachzuholen und darüber in den zuständigen Ausschüssen zu diskutieren.

Blick aus dem Amt:

Dickes Buch über 760 Millionen Euro

Ein Haushaltsplan ist ein komplexes Gebilde. Ein dickes Buch im Format Din A4, über 540 Seiten stark, die zeigen, wie der Bezirk über 760 Mio. € im Jahr 2010 und fast 788 Mio. € im Jahr 2011 ausgeben wird. Das sind riesige Summen, die sich kaum noch einer wirklich vorstellen kann. Das allermeiste Geld geben wir für gesetzlich verbindliche Sozialleistungen aus. Das Geld, über das der Bezirk wirklich allein verantwortlich entscheiden kann, macht nur noch knapp 20 Prozent aus. Aber auch hier müssen wir Geld etwa für Personal ausgeben, das gesetzliche Pflichtaufgaben in der Lebensmittelaufsicht, in der Bauaufsicht oder im Kinderschutz erfüllt.

Je kleiner der Geldsack wird, der noch verteilt werden kann, desto größer wird der Streit, umso schwieriger werden Kompromisse. Mit großer Mehrheit hat die BVV den Haushalt abgelehnt, aus ganz unterschiedlichen Gründen. Die einen sind sowieso dagegen. Die ande-

ren sind mit den politischen Schwerpunktsetzungen des Bezirksamtes nicht einverstanden. Wiederum andere sehen ihre Interessen nicht ausreichend berücksichtigt.

Ein Kompromiss war möglich und wurde von unserer Fraktion bis zur letzten Minute verhandelt. Dass der Jugendbereich übermäßig große Kürzungen in Höhe von rd. 2,5 Millionen Euro tragen sollte, war eben nicht mehr kompromissfähig. Der Beschluss über einen Haushalt von über 760 Millionen Euro ist an der Rücknahme (!) der Kürzungen in der Kinder- und Jugendarbeit in Höhe von 200.000 Euro gescheitert. Wie die



Foto: Ulli Winkler

Fraktionen, die den Haushalt abgelehnt haben, das den Bürgern in Mitte erklären wollen, darauf bin ich sehr gespannt.

Rainer-Maria Fritsch
Bezirksstadtrat für Jugend und Finanzen

Ergebnisse der BVV-Sitzung

Anfragen u.a.:

■ **Wie ist der Arbeitsstand** bei der Einrichtung eines Sprachförderzentrums im Bezirk? Was waren die Gründe, die Einrichtung eines solchen Sprachförderzentrums als bezirkliche Aufgabe zu definieren und nicht als originäre Aufgabe der Senatsverwaltung (für Kita und Schule) anzusehen und gibt es in anderen Bezirken vergleichbare Einrichtungen? Wie ist das Sprachförderzentrum personell und sächlich ausgestattet und wem sind die MitarbeiterInnen unterstellt? Welche Arbeitsschwerpunkte wurden für das Sprachförderzentrum definiert, wie werden die mit der Umsetzung derselben befassten MitarbeiterInnen angeleitet und qualifiziert und sollen die Arbeitsergebnisse des Sprachförderzentrums öffentlichkeitswirksam dargestellt werden? DIE LINKE (III/1424)

■ **Warum und für welche Teilnehmer** wurde »Jugend Aktiv in Mitte« entwickelt und wie wird das Projekt durch die jungen Menschen angenommen? Wie entwickelte sich die Teilnehmerbelegung und wie beurteilt das Bezirksamt die Betreuungsqualität durch die Träger? Wie wird das Projekt »JAM« langfristig abgesichert? DIE LINKE (III/1425)

Beschlossen u.a.:

■ **Das Bezirksamt wird gebeten**, sich bei der zuständigen Senatsverwaltung dafür einzusetzen, dass das Problem mit der Metrolinie M27 zeitnah gelöst wird. Diese Linie bedient im Bereich der Turmstraße fünf Schulen. Durch umfangreiche Baumaßnahmen im Bereich der Berliner Straße kommt es zu massiven Verspätungen, die den Schulbetrieb erheblich beeinträchtigen. Die BVG sollte hierfür während der Bauarbeiten zu Unterrichtsbeginn und -ende umgehend Einsetzbusse zwischen Nettelbeckplatz und Mierendorffplatz zur Verfügung stellen. DIE LINKE/SPD (III/1428)

Wechsel

Am 17. November wurde der Bezirksstadtrat für Jugend und Finanzen **Rainer-Maria Fritsch** zum Staatssekretär für Soziales ernannt.

Wir wünschen dir, lieber Rainer-Maria, in deiner neuen Funktion viel Kraft und Erfolg.

Bezirksvorstand, BVV-Fraktion, Redaktion der »mittendrin«

Sprechzeiten im Fraktionsbüro

Fraktion DIE LINKE in der BVV Mitte von Berlin

Montag 16.30 – 17.30 Uhr und am 3. Mittwoch von 10–11.30 Uhr im Neuen Stadthaus, Parochialstr. 1-3, 10178 Berlin, Raum 323, Telefon: 9 01 82 - 45 65

Mitte am Abgrund – oder einen Schritt weiter?

Bezirk befindet sich in schwerer finanzieller Krise

Durch die verfehlte Steuerpolitik der Bundesregierung verringern sich die Einnahmen der Länder und Kommunen seit Jahren. Die Schulden des Landes Berlin belaufen sich, wesentlich verursacht durch die waghalsige Berliner Finanzpolitik von CDU und SPD in den 90er Jahren, auf über 60 Milliarden Euro.

Vor diesem Hintergrund werden die Zuweisungen des Landes an die Bezirke kontinuierlich gekürzt. Die zugewiesenen Mittel ermöglichen es den Bezirken nicht mehr, ihre Aufgaben umfassend zu erfüllen. Seit Jahren wird dieser Zustand beklagt. In diesem Jahr wurden die geplanten Kürzungen an die Bezirke von 140 Millionen Euro durch das Engagement der Linken auf Bezirks- und Landesebene um 90 Millionen Euro zurückgenommen.

Dennoch reichen die Finanzzuweisungen für unseren Bezirk nicht aus. Ein intransparentes Zuweisungsmodell und nicht vom Bezirk zu verantwortende Altschulden strangulieren den Haushalt und führen Mitte an den Rand der finanziellen und damit politischen Handlungsunfähigkeit.

Diese Faktoren sind aber nur eine Seite der Medaille. Mitte hat ein strukturelles Ausgabe-Problem. Zu viele bezirkseigene Flächen werden nicht effektiv genutzt. Besonders deutlich wird dieses Problem im Schulbereich. Die Zahl der schulpflichtigen Kinder geht in einigen Kiezen seit Jahren zurück. Die genutzten Schulflächen müssen dieser Entwicklung angepasst werden. Da die Zuweisungen nach den tatsächlichen Schülerzahlen erfolgen, erhält der Bezirk vom Land allein in diesem Bereich 10 Millionen Euro weniger zugewiesen,

als er ausgibt. Ein Schulentwicklungsplan, der die Grundlage für die Lösung dieses Problems ist, steht seit Jahren aus.

Für das Jahr 2010 stehen dem Bezirk fast 35 Millionen Euro weniger zur Verfügung, als er im Jahr 2008 ausgab. Der Bezirk verhandelt mit dem Land über ein Konsolidierungskonzept, welches zu einer Stundung seiner Altschulden von 11 Millionen Euro führt. Ein solches Konzept wird durch die Landesebene erst akzeptiert, wenn der Bezirk einen standortkonkreten Schulentwicklungsplan vorlegt, der ausweist, welche Schulen zusammengelegt werden. Mit Hochdruck wird jetzt daran gearbeitet.

Nächstes Jahr fehlen 24 Millionen

Trotz dieser Maßnahme fehlen 24 Millionen Euro für das kommende Jahr. Alle, außer den gesetzlich vorgeschriebenen Ausgaben des Bezirkes mussten auf den Prüfstand gestellt werden, um ein Defizit in dieser Höhe auszugleichen. Der Haushaltsplanentwurf des Bezirksamtes nahm Einsparvorschläge in der genannten Größenordnung vor. Alle Bereiche waren betroffen. Kürzungen in dieser Größenordnung bedeuteten unter anderem die Schließung von Jugend-, Kultur- und Senioreneinrichtungen, die Aufgabe wichtiger Angebote für Bürgerinnen und Bürger unseres Bezirkes, der in großen Teilen durch eine höchst komplizierte soziale Situation gekennzeichnet ist.

In den vergangenen Wochen wurde in den Fachausschüssen der Bezirksverordnetenversammlung intensiv über den Vorschlag des Bezirksamtes verhandelt und der Hauptausschuss empfahl der BVV, einen veränderten Haushalt anzunehmen. Unter den genannten ungünstigen Bedingungen wurde versucht, zumindest einige der von Streichung bedrohten Einrichtungen zu retten. Einige Senioreneinrichtungen werden erhalten, das Schulumweltzentrum und der Umweltladen bleiben bestehen. Projekte wie Evas Arche, Evas Haltestelle und die Schuldnerberatung des Arbeitslosenzentrums werden abgesichert. In allen Ressorts konnte ein Teil der geplanten Einsparungen zurückgenommen werden. Nur im Jugendbereich sollten die Kürzungen von 2,5 Millionen Euro in vollem Umfang bestehen bleiben. Wohl auch daher forderte der Jugendhilfeausschuss mit den Stimmen aller Fraktionen den Erhalt des Weinmeisterhauses und der Einrichtung Werk9. Dem

konnte durch einen realistischen alternativen Finanzierungsvorschlag der Linken im Hauptausschuss nachgekommen werden.

Nur DIE LINKE stimmte zu

In der November-BVV wurde der Haushaltsplan jedoch mehrheitlich abgelehnt. Die Grünen und die Grauen stimmten aus prinzipiellen Erwägungen gegen den Plan, da der Bezirk zu wenig Geld erhalte. Der CDU fehlten eine erkennbare Schwerpunktsetzung in den Konsolidierungsbemühungen und eine ausreichende Transparenz während der Haushaltsplanaufstellung. SPD und FDP ließen die Abstimmung platzen, da sie mit der Finanzierung der genannten Jugendeinrichtungen nicht einverstanden waren. Die Linke stimmte dem vorliegenden Haushalt als einzige Fraktion zu.

Zu erwarten, dass der Bezirk vom Land mehr Geld für das nächste Jahr erhält, ist unrealistisch. Mitte gerät in die vorläufige Haushaltswirtschaft, das heißt, wir werden unter finanzielle Kuratel des Finanzsenators gestellt. Vor Beschluss eines Bezirks Haushaltes wird die vorläufige Haushaltswirtschaft nicht aufgehoben werden. Länge und Stringenz der vorläufigen Haushaltswirtschaft hängen davon ab, welche Signale der Bezirk sendet, sich seinen finanziellen Problemen zu stellen. Die Ablehnung des Haushaltes hilft nicht weiter. Der Senat hat kein Interesse, den Haushalt in Mitte zu führen. Er wird den Bezirk zwingen. Nicht die Verordneten oder die Mitglieder des Bezirksamtes werden betroffen sein. Die Arbeitsbedingungen für alle Angebote, Projekte und freien Träger, die keine gesetzlich vorgeschriebenen Leistungen erbringen, werden sich drastisch verschlechtern. Sie werden mit den schärfsten Sanktionen belegt werden und ihre Angebote nur noch bedingt oder gar nicht mehr aufrecht erhalten können. Angebote, die von den Bewohnern unseres Bezirkes dringend benötigt werden. Die Ablehnung des Haushaltes war kein Zeichen des Mutes der BVV. Sie erfolgte nicht im Interesse, sondern auf Kosten der Einwohner unseres Bezirkes.

Thilo Urchs,

Fraktionsvorsitzender in der BVV

Guter Rat für Bürger!

Sozial- und Mieterberatung der Fraktion DIE LINKE in der BVV und des Bezirksvorstandes mit Rechtsanwalt André Roesener.

An jedem ersten Mittwoch des Monats von 17.00 bis 19.00 Uhr im Nachbarschaftszentrum

»Bürger für Bürger« der Volkssolidarität, Brunnenstraße 145, 10115 Berlin und

am letzten Mittwoch jeden Monats im Rathaus Tiergarten,

Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin, Raum 505 – 5.Etage.

DIE LINKE Berlin Mitte

DIE LINKE Berlin-Mitte im Netz

www.die-linke-berlin-mitte.de

Aktuelle Informationen des Bezirksverbandes DIE LINKE in Berlin-Mitte sowie die »mittendrin« zum Herunterladen.

Linksfraktion der BVV im Internet

www.linksfraktion-berlin-mitte.de

Die Aktivitäten der Fraktion DIE LINKE in der BVV Mitte – immer auf dem neuesten Stand.

Kurznachrichten

Stiftung zieht um

Die Bundeskanzler-Willi-Brandt-Stiftung zieht im nächsten Jahr vom Schöneberger Rathaus in den Zentrumsbezirk Mitte, Unter den Linden 68. Die ebenerdige Ausstellungsfläche wird sich verdoppeln und viel mehr Besucher aus dem In- und Ausland informieren können. Konzipiert ist eine moderne Dauerausstellung. Erstmals wird es einen ständigen Seminarraum für Schulklassen geben.

Teurer Lärmschutz

In Nachbarschaft von Hochhäusern am Spittelmarkt entsteht zur Zeit ein Hotel. Nach dessen Fertigstellung wird hier die Kreuzberger Axel-Springer-Straße zur Leipziger Straße herangeführt. Umweltverbände und besonders Anwohner des Doppelhochhauses Leipziger Straße 48/49 drängen auf Lärmschutzmaßnahmen. Das Projekt vor Ort wird jetzt mit 11,45 Millionen allein für Schallschutz von 6205 Quadratmeter Fenster und 8000 Quadratmeter Balkonfläche belastet.

Haus, Kauf, Kunst

Der Galerist Jörg Johnen hat vor einiger Zeit in der Marienstraße 10, nicht weit vom Deutschen Theater, ein denkmalgeschütztes Gebäude von 1820 gekauft, um es zu einem Kunsthaus auszubauen. Auf 850 Quadratmetern gibt es die eigene Galerie, Wohnung und Künstlergasträume. Das Haus wäre Liebe auf den ersten Blick gewesen, sagt Johnen, ursprünglich in Köln ansässig. Der Kunstmarkt, gewiss, sei derzeit nicht berechenbar – aber auf dem Hof, klein und intim, hat er selbigen dennoch im Kopf.

Bezahlung bedenken

Berlins Parlamentarier im Abgeordnetenhaus haben ihren aktuellen Standpunkt zur Bezahlung ihrer Tätigkeit zum Ausdruck gebracht. Seit sieben Jahren erhalten sie unverändert einen Diätenbetrag von 2951 Euro monatlich; sie empfinden das als ungenügend. Eine bestehende unabhängige Diätenkommission soll neue Empfehlungen ausarbeiten.

Die »schwängere Auster«

Haus der Kulturen der Welt mit bewegter Geschichte



Fotograf: Archiv

Lange Nacht der Museen – Auster bei Nacht und am Tage (unten)

Die ehemalige Kongreßhalle, heute »Haus der Kulturen der Welt«, wurde 1957 als Beitrag der USA zur internationalen Bauausstellung durch die Benjamin-Franklin-Stiftung errichtet und dem Land Berlin geschenkt.

1965 fand in der Kongresshalle eine Plenarsitzung des Deutschen Bundestages statt. Die Sitzung führte zu scharfen Reaktionen durch die DDR, da dies dem Status von Westberlin nicht entsprach. Die gewagte Spannbetonkonstruktion galt als Symbol der Deutsch-Amerikanischen Freundschaft – auch als sie 1980 ohne Vorankündigung zusammenfiel und einen Journalisten unter sich begrub. Die Halle wurde wieder aufgebaut und 1987 erneut für den Publikumsverkehr geöffnet. Es gehört zu den bekanntesten Bauwerken der Stadt.

Direkt an der Spree gelegen, verfügt das – vom Volksmund gern »schwängere Auster« genannte – Haus über einen eigenen Bootsanleger und befindet sich in direkter Nähe zum Kanzleramt und Regierungsviertel. Zum 50. Jubiläum wurde das Haus der Kulturen der Welt im August 2007 feierlich wiedereröffnet.

Das Haus der Kulturen der Welt ist Ort für

internationale zeitgenössische Künste und Forum für aktuelle Diskussionen. Es präsentiert kulturelle Produktionen aus aller Welt unter besonderer Berücksichtigung nichteuropäischer Kulturen und Gesellschaften: bildende Kunst, Musik, Literatur, darstellende Künste, Film und digitale Medien.

In Zusammenarbeit mit Künstlern und Experten soll es den Besuchern Gelegenheiten zur gemeinsamen Auseinandersetzung mit den Konflikten, Herausforderungen und Fragen unserer Zeit bieten. Wie hängen unsere Lebensverhältnisse zusammen? In welcher Zukunft wollen wir leben?

Das Haus ist ein Tor Berlins zur Welt. Hier lässt sich Kunst als Raum des Experimentierens, des Infragestellens und des Entdeckens erleben. Sitz und Spielstätte des Hauses ist die ehemalige Kongresshalle, ein architektonischen Wahrzeichen der westlichen Moderne. Die Geschichte dieser Moderne unterzieht das Haus mit Künstlern und Denkern aus aller Welt einer kritischen Revision. In einer globalisierten Welt gilt es, die Geschichten der anderen mit dem Selbstverständnis der europäischen Gesellschaften in Beziehung zu setzen.

Das Haus der Kulturen der Welt feierte im September seinen 20. Geburtstag. Manche meinen, es könne einst im Humboldt-Forum aufgehen, allerdings scheint die Symbiose zwischen Gebäude und Programm am jetzigen Standort besser zu gelingen.

Viele andere suchen die Atmosphäre der ehemaligen Kongresshalle – so findet jährlich im Mai das Gipfeltreffen der internationalen Designerszene, die »Typo«, dort statt und auch für den »taz-kongress« bot die »Schwängere Auster« den richtigen Rahmen.

Christoph Nitz



Menschen in Mitte

Susanne Österreicher: Traum von afro-brasilianischer Tanzschule

Inmitten von Berlin dröhnen regelmäßig Congas, Bongos und andere brasilianische Percussionsinstrumente. Kinder, Jugendliche und Erwachsene trainieren in einem Saal auf dem zweiten Hinterhof der Torstraße 109 Capoeira Angola - Tänze, mit denen afrikanische Sklaven, die im 16. Jahrhundert nach Brasilien verschleppt wurden, ihre Verzweiflung, ihre Freiheitsträume und ihren Widerstand ausdrückten.

Susanne Österreicher nennt sich stolz Contramaestra der Capoeira Angola. Die 39-jährige gebürtige Münchenerin ist seit der Gründung der Tanzschule Academia Jangada vor zwölf Jahren deren Leiterin. An ihrer Seite steht der Meister des Kampftanzes, ihr Ehemann Rosalvo Ferreira dos Santos.

»Ich war 1991 nach Berlin zum Mathematikstudium an der Freien Universität gekommen«, berichtet die schlanke dunkelhaarige Frau. Eines Abends begeisterte sie auf einem Sommerfest im Böcklerpark eine Capoeira-Vorführung. Sofort meldete sie sich bei der Tanzgruppe an und lernte so ihren zukünftigen Partner für Beruf und Leben kennen. »Bald hatten wir einen großen gemeinsamen Traum: wir wollten eine Schule gründen, die die traditionellen südamerikanischen Tänze pflegt und weiterentwickelt.« Sie nennt es einen Glückszustand, dass sie nach langer Suche in einer Zeitung eine Anzeige fand, die einen passenden Gewerberaum in der Torstraße anbot.

1500 Berliner zwischen 4 und 55 haben seitdem an der ersten und größten Capoeira-Tanzschule Europas Freude an den afro-brasilianischen Rhythmen, Tänzen, Bewegungen und Gesängen gefunden. Susy, wie die Leiterin von ihren Schülern genannt wird, und ihr Mann holten hervorragende Tanzlehrer und Choreographen aus Brasilien, Frankreich und der Schweiz nach Berlin. Sie verbinden die traditionelle Capoeira mit zeitgenössischem und modernem Tanz und auch mit Elementen des Yoga. »Viele unserer Schüler geben heute selbst Capoeira Angola-Kurse in Kindergärten und Jugendeinrichtungen«.

Insgesamt 121 Workshops in ganz Europa, den USA, Brasilien und Israel sowie zwölf internationale Treffen, zu denen Jugendliche aus aller Welt eingeladen waren, hat die Schule bisher organisiert und geleitet. Rund 5 000 Teilnehmer zählten die Aktivitäten insgesamt.

»Wiederholen werden wir 2010 wegen des großen Erfolgs das Projekt ‚Dance against



Foto: Herold

Susanne Österreicher lebt ihren Traum: Capoeira Angola

Racism' (Tanz gegen Rassismus)«, betont Susanne Österreicher. Junge Tänzer, Sänger und Musiker von Capoeiragruppen aus sechs europäischen Ländern sorgten im August auf Einladung des Ehepaars Österreicher-Ferreira dos Santos mit ihren Präsentationen vor dem Roten Rathaus, dem Brandenburger Tor, am Alexanderplatz und anderen zentra-

Tanz gegen Rassismus an den Zentren Berlins

len Orten gegen Alltagsrassismus und Neonazis für Furore.

»Unsere Begegnungs-, Freizeit- und Integrationsstätte macht mich glücklich«, gesteht Susanne Österreicher. So bald wie möglich will sie den Titel eines Capoeira-Meisters wie ihr Ehemann erringen. Wenn sie einen Wunsch frei hätte, dann den, dass der Senat die Bedeutung ihrer Schule für das multikulturelle Berlin erkennt und vielleicht hin und wieder mal eine finanzielle Unterstützung gewährt. Damit sie nicht noch länger »nebenbei« als Dozentin für Mathematik arbeiten muss, um die Existenz von Capoeira und ihrer Familie zu sichern.

Matthias Herold

Bei anderen gelesen

Geschichte

Was passiert, wenn ein Viertel, ein Drittel der Menschen keine Chancen mehr hat? Ist die Demokratie die Wahrheit der Politik, oder ist es in Wirklichkeit der Ausnahmezustand der Gewalt, des brutalen Machtkampfes? **Frank Castorf** »Süddeutsche Zeitung«

Gegen Krieg

Ich bin gegen Krieg, weil ich glaube, die Deutschen müssen gegen Krieg sein dürfen, ohne Angabe von Gründen, ohne sich rechtfertigen zu müssen. Wir haben etwas hinter uns, was uns kriegsuntauglich machen darf. Mögen andere Krieg führen, wir nicht. Nicht mehr. **Martin Walser**, Schriftsteller.

»Neues Deutschland«, 18.11.2009

Der stumme Zeitzeuge

Einer von den stummen Zeitzeugen, der über 200 Jahre alten Maulbeerbäume, die im 18. Jahrhundert für die Seidenproduktion benötigt wurden, wächst und gedeiht noch immer in der Nähe des Friedrichstadtpalastes – an der Ecke Friedrichstraße 129 und Claire-Waldoff-Straße, versteckt

im Hof eines Hinterhauses. Er ist 300 Jahre alt und misst 15 Meter, sein Stamm hat einen Umfang von 3,55 Meter, ist schief gewachsen und wird von einer Stahlkonstruktion gestützt. Die Blätter dieses Gehölzes sind die Nahrungsquelle für die Raupe des Seidenspinners. Mit Hilfe dieses Baumes wurde auch Seide gewonnen. 1786 brach die Seidenproduktion rettungslos zusammen. Obwohl sie nie zu dem erhofften wirtschaftlichen Erfolg führte, sind die Seide und der Maulbeerbäum eng mit der Entwicklung von Berlin verbunden.

»Berliner Abendblatt«, 14.11.2009

Perfekter Fehlstart

Die Bürgerinnen und Bürger, die die Tigerente gewählt haben, reiben sich verwundert die Augen.

Statt FDP-Steuererleichterungen und sanierter Staatsfinanzen kommen nun nach dem peinlichen finanzpolitischen Schlingerkurs der noch-nicht-aber-alles-andere-wäre-superpeinlich-Koalitionäre neue Belastungen auf sie zu. Diese Regierung wird für die Menschen in Deutschland teuer! Dabei hatte sie sich als Schnäppchen angeboten. **Jens Martin**

»Financial Times«, 23.10.2009

DDR ein Unrechtsstaat ?

Die DDR war ein Unrechtsstaat, in dem es viel Gerechtigkeit gab. Die BRD ist ein Rechtsstaat mit viel Ungerechtigkeit. Geld war in der DDR nicht der Maßstab aller Dinge. **Uwe Steimle**

»Neues Deutschland«, 7.10.2009

Sicherheit als Wohlfühlfaktor

Weddinger Bürger planen besseres »Miteinander«

In insgesamt 35 Berliner Gebieten mit »besonderem Entwicklungsbedarf« gibt es mittlerweile ein Quartiers- oder Stadtteilmanagement. Diesen stehen durch das Programm »Soziale Stadt« von 2007 bis 2013 insgesamt 151 Millionen Euro zur Verfügung, für Maßnahmen zur »Stabilisierung und Aufwertung« der Gebiete. Über die Verwendung der Gelder entscheidet der von den Bewohnern gewählte Quartiersrat in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Bezirksämtern.

Seit Anfang 2002 existiert auch im Gebiet um die Reinickendorfer Straße/Pankstraße im Wedding ein Quartiersmanagement. Dieses veranstaltete am 7. November im Haus der Jugend eine Gebietskonferenz, um Kriterien für die Auswahl der Projekte des Quartiersfonds 3, bei dem mehr als 10.000 Euro pro Projekt beantragt werden können, zu entwickeln.

An der Konferenz nahmen über 80 Bewohnern sowie Vertretern verschiedener lokaler Initiativen teil. Nach einer Begrüßung durch den Bezirksbürgermeister Dr. Hanke war die Bühne frei für eine Podiumsdiskussion zwischen Vertretern der Senatsschulverwaltung, dem Jugend- und Kulturamt Mitte und Frau Jahn vom Büro Jahn, Mack & Partner. Anschließend wurden Impressionen aus dem Kiez präsentiert, Bilder und Statements zu-

fällig ausgewählter Bewohnern. In Arbeitsgruppen zu den Themenfeldern »Lokale Kulturlandschaft«, »Identifikation und Öffentlichkeitsarbeit«, »Schule als Identifikationsort«, »Kinder und Jugendliche« sowie »Sicherheit als Wohlfühlfaktor« wurde teilweise recht lebhaft diskutiert.

So wurden getreu dem Motto: »Wen ich kenn', dem schlag ich nicht den Schädel ein« in der AG Sicherheit Vorschläge erarbeitet, wie sich die Menschen in der unmittelbaren Nachbarschaft besser kennenlernen können: durch selbst organisierte Straßenfeste sowie Nachbarschaftshäuser, in denen sich Menschen mit unterschiedlicher Herkunft und Alter, mit unterschiedlichen Fähigkeiten und Interessen treffen und gemeinsam etwas unternehmen können - oder auch nur zusammen einen Tee oder Kaffee trinken. Das ist die beste Gewaltprävention, denn: Mehr Polizei ist auch keine Lösung.

An weiteren Terminen sollen Ideen für konkrete Projekte entwickelt sowie eine Prioritätenliste der zu fördernden Projekte erstellt werden.

Brian E. Janßen,

DIE LINKE Berlin-Mitte - BO Gesundbrunnen
Quartiersrat QM Pankstraße

Quartiersmanagement Pankstraße
Prinz-Eugen-Straße 1, 13347 Berlin
<http://www.pankstrasse-quartier.de>

Wie finde ich einen Mann?

Krise als Chance? Die Midlife-Crisis allemal!

Wenn Gretel gehänselt wird, dann weiß der interessierte Theatergänger längst, dass er im Galli-Theater ist, in Berlins Mitte, Oranienburger Straße 32. Das gilt auch für den »Männerschlussverkauf«, in dem heute allerdings Hänsel gegretelt wird. Anders gesagt; unser Männerbild wird schockgefrostet - in der Burleske von Johannes Galli.

Gisela Mang, eine Frau nach ihren besten Jahren, anlehnsbedürftig oder - um sich an das lexikalische Material des Autors anzulehnen - schlachtreif und notgeil, will einen Mann! Frau Möbenbach, ihre Psychologin, führt - Vorsicht, Therapie! - läufige Männertypen vor. Kontrapunktisch und nicht eben eine Schmeichelei für das starke und nur manchmal schöne Geschlecht. So zerquetscht sie vergnüglich wie provokant Erwartungen und Hoffnungen - Selbstbewusstsein fordernd und zugleich karikierend, tapfer abgeliefert von Marion Martinez und Christine Dobslaw.

Ein Stück mit der besten Freundin anzuschauen: Packen wir das Problem beim

Schwanz! Oder, wenn der große Sohn seiner Mutter etwas sagen will, vielleicht: ein schlechter Mann ist besser als keiner!? Zwei Drittel der Zuschauer sind Frauen.

Allemal gilt für den Männerausverkauf: Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.

So im Galli-Theater wegen der nicht nummerierten Plätze. Weiter vorne sitzen, zahlt sich aus. Aber es gilt zuvorderst für Gisela Mang, die nicht zeitig genug einen Mann an sich gebunden hat und nun zwischen Verbalinjurien und Lebenswahrheiten erfahren muss, dass sie nur noch leiden kann und warten...

Diese künstlerische Überhöhung versteht jeder als ihr Gegenteil, anders als den Wortwitz; wenn aus der heiligen Inquisition... Union... Union... Union wird. Oder, wenn man sich an Opel erinnert fühlt, weil ein Cowboy(-Männertyp) US-amerikanisch naseleidend feststellt, dass aus diesem Land mehr herauszuholen sein müsse.

Nein, das Stück argumentiert nicht vordergründig politisch. Dennoch, es geht um das bürgerliche Männerbild, von dem eine Frau

Unserer Partei verbunden

Genossin Gertrud Foegelle, im Dezember 87 Jahre alt, gehörte zu den aktivsten Mitgliedern der BO 487, sie bereicherte durch ihre lebhaft Art jede Diskussion. Vor fünf Jahren verließ sie uns und siedelte zu ihren Verwandten in die alten Bundesländer über. Doch sie ist die Unsere geblieben, mit einem ständigen gegenseitigen Kontakt. Mit dem Kiez und vielen Menschen fühlt sie sich nach wie vor verbunden. Aber sie vermisst eines: die Partei DIE LINKE. Diese ist an ihrem jetzigen Wohnort noch im Aufbau.

Wir versorgen sie regelmäßig mit dem Disput, »mittendrin« und Artikeln des ND, damit sie stets mittendrin bleibt.

Unser gutes Ergebnis der Bundestags- und Landtagswahlen hat sie freudig begrüßt.

Den Wahlfond der Partei füllte sie mit einer großzügigen Spende. Dafür danken wir ihr herzlich.

Liebe Gertrud, alles Gute zum Geburtstag sowie zum neuen Jahr!

Für die BO 487: Bettina Beisert und Hans Herzberg.

Die Redaktion der »mittendrin« schließt sich den guten Wünschen an.

Ausgelesen

**Hans Bentzien/
Friedrich Wolf/
Günter Herlt u.a.:**

»Fragen an die DDR«

Dieses Buch beantwortet kompetent und sachlich Fragen junger Leute zur DDR.

Hans Bentzien/Friedrich Wolf/Günter Herlt u.a.: »Fragen an die DDR«. Edition Ost 2009 (Neuaufgabe), ISBN-13: 978 3360010542, 9,90 Euro

neben mir lachend behauptet: »Männer sind Scheiße«, darauf ihr Begleiter ungerührt: »Nur Frauen sind schlimmer«; passend zu dem Klassiker auf der Bühne: »Fragt er sie: möchtest du mal ein richtiger Mann sein? Fragt sie zweifelnd zurück: Und du?«

Wer bereit ist, mit dem nötigen Unernst Erfahrungen mit Männern zu prüfen (verbrannt, erschossen, niedergeschlagen), verkraftet auch den Umgang mit den F-Wörtern (ficken, fragen, finanzieren) und findet zu der Erkenntnis: der Mann sei edel und reich. Auch oder gerade weil die vorgeführte Gisela Mang eine ganz normale Frau ist, mit dem Bedürfnis zu berühren und berührt zu werden...

Verena Werthmüller

Vielfalt schützen – gegen Diskriminierung im Alltag

Senat prämiert Projekte aus Berliner Schulen

Ihr glaubt gar nicht, was es uns kostet, hier oben auf der Bühne zu stehen«, so die Lehrerin der Gewinnerschule des Wettbewerbs »Respect unlimited – diversity macht Schule«, die ich auf dem ersten Berliner diversity day mit dem Hauptgewinn ausgezeichnet habe.

Es waren schwule und lesbische Schülerinnen und Schüler, die am Oberstufenzentrum Lise Meitner in Neukölln eine diversity-AG gegründet haben und die jetzt so geehrt wurden. Sie setzen sich gegen Ungleichbehandlungen ein. Sie wollen wie die anderen Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Wettbewerbs, dass alle die gleichen Chancen haben. Und sie sehen gerade die Unterschiedlichkeit von Menschen in ihrer Herkunft, Religion, sexuellen Orientierung, ihrem Gesundheitszustand oder Geschlecht als eine Chance für gesellschaftliche Vielfalt. Aber es kostet immer noch Mut, zum »Anders sein« zu stehen. So ging es den Jugendlichen des OSZ Lise Meitner. So geht es den vielen Jungen und Mädchen mit Migrationshintergrund, die zusammen mit anderen SchülerInnen die weiteren Preise gewonnen haben, darunter drei Schulen aus dem Bezirk Mitte.

Das war der Höhepunkt des ersten Berliner diversity day, den die Europäische Agentur für Grundrechte, die »Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung« in »meiner« Verwaltung und die Bildungsverwaltung gemeinsam ausgerichtet haben. Und alle waren sich einig:



Exklusiv aus dem Berliner Senat

ein diversity day ist eine gute Sache, ihn soll es im nächsten Jahr wieder geben. Solche Termine gehören zu den Highlights des Senatorinnen-Daseins. Denn ich komme mit vielen Menschen zusammen, höre ihnen zu, spreche mit ihnen. Das ist wichtig für die Weiterentwicklung unserer Politik. Zum Senatorinnen-Leben zählt aber auch eine Unzahl von Terminen, die in der Öffentlichkeit nie wahrgenommen werden: Beratungen mit den Mitgliedern der politischen Leitung, also den StaatssekretärInnen und Referentinnen. Briefings mit den Fachleuten zu den unterschiedlichen Themen, die ich alle bespielen muss, von der Neuorganisation der Jobcenter über die Reform der Einzelfallhilfe für behinderte und psychisch kranke Menschen bis hin zur Entwicklung eines Integrationsgesetzes. Teilnahme an Senats-, Fraktions- und Landesvorstandssitzungen, viele Beiräte und andere Beratungsgremien des Senats. Über alles werde ich Ausgabe hier berichten.



Carola Bluhm

Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales

Impfen oder Nicht-Impfen?

Wie gefährlich ist die »Schweinegrippe«?

Seit dem 26. Oktober wird in Berlin planmäßig durch die Gesundheitsämter und die arbeitsmedizinischen Dienste der Krankenhäuser gegen die sogenannte Schweinegrippe geimpft. Seit dem 9. November auch in zahlreichen Berliner Arztpraxen. Inzwischen sind es gut 600 Stellen, an denen sich die Berlinerinnen und Berliner impfen lassen können. Eine Übersicht der Arztpraxen findet man z. B. auf der Internetseite www.berlin.de/impfen. Und auch das Gesundheitsamt des Bezirks Mitte bietet unter 9018-45123 die entsprechenden Auskünfte an.

Es gibt zur Zeit weder einen Grund, dieses Virus zu unterschätzen, noch gibt

es einen Grund, in Hysterie zu verfallen. Was wir brauchen, ist ein ernsthafter, aber unaufgeregter Umgang mit dem H1N1-Virus. Dazu gehört in allererster Linie, dass einfachste Hygieneregeln befolgt werden, wie z. B. das häufige und gründliche Händewaschen.

Der zweite wesentliche Präventions-schritt ist die Schutzimpfung. Hier muss jede und jeder abwägen, ob er oder sie sich impfen lassen möchte oder nicht. Jedes Arzneimittel hat vor der Einführung auf dem Markt Entwicklungen und Studien durchlaufen, mit dem Ziel und dem Ergebnis, schädliche Wirkungen zu erkennen und zu minimieren. Das ist die Voraussetzung für eine europäische und eine deutsche Zu-

Politische Bildung

Jüdischer Kulturverein

Buch-, Winter- und Abschiedsfest

Das ist vermutlich unser letztes gemeinsames Fest für heutige und gewesene Mitglieder, Freunde, Gegner, Unterstützer, Sympathisanten und Gelegenheitsbesucher. Bitte informieren Sie auch jene, deren Adressen wir nicht mehr haben oder noch nie hatten. Im Mittelpunkt des Treffens stehen

WIR, das Buch über 20 Vereinsjahre und alle, die zentral oder marginal irgendwie dazugehör(t)en.

Mit Überraschungstorte, Kaffee & Tee. Gute Laune und JKV-Erinnerungen sind mitzubringen!

Sonntag, 6. Dezember, 15 bis 18 Uhr.
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Münzenberg-Saal, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Die Lageentwicklung in Afghanistan und die Perspektiven der »neuen« NATO-Strategie

Warum klaffen Anspruch des Westens und Realitäten vor Ort so weit auseinander? Warum wird der aktuellen Strategie der Obama-Administration kein anderes Schicksal beschieden sein, als den bisherigen Vorgehensweisen?

Prof. Dr. Diethelm Weidemann, Berlin

17.12. 18:00 Uhr, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Seminarraum 2, 1. OG, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

lassung. Aber es bleibt natürlich immer ein Restrisiko. Insofern muss letztlich jede und jeder nach der Beratung mit seinem Arzt selbst entscheiden, welches Risiko er oder sie als höher einschätzt: das der »Schweinegrippe« oder das der Impfung.

Als Staatssekretär für Gesundheit bin ich, wie meine Kolleginnen und Kollegen in den anderen Bundesländern, auf die Aussagen und Empfehlungen der renommierten Institute, wie das Robert-Koch-Institut oder das Paul-Ehrlich-Institut, angewiesen und vor diesem Hintergrund rufe ich die Bevölkerung auf, sich impfen zu lassen – in der empfohlenen Reihenfolge. Helfer zuerst, dann die chronisch Kranken, Kinder und Schwangere und dann die allgemeine Bevölkerung.

Dr. Benjamin-Immanuel Hoff

Staatssekretär für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz

Das ist das Letzte

Manchmal wäre es besser, den Briefkasten gar nicht erst aufzumachen. Nun teilte mir der Stromriese Vattenfall mit, dass er 5,9 Prozent mehr abkassieren wird. (Genialisch: 5,9 ist weniger als 6!)

Die Begründung klingt dämlich: Der Stromverbrauch sei in der Krise um 7 Prozent zurückgegangen. (Dann wird es also billiger, wenn ich alle Lampen anmache?) Außerdem seien die Preise für Solarmodule um 40 Prozent gesunken. (Ach nee: Die Ökostromer ruinieren die Kohlekraftwerke und ich zahle die Strafe?) Dritter Grund: Bei Vattenfall sind zwei alterschwache Atommeiler ausgefallen, das schlug in den Tresor! (Wirklich? Haben die nicht durch die doppelte Laufzeit den dreifachen Profit eingespielt?) Das klingt wie Wahnsinn, ist aber kapitalistische Logik. Die ist eben oft wahnsinnig und menschenfeindlich. Als Ausweg gibt es den Wettbewerb. Berlin hat fünf große Anbieter, aber Vattenfall steckt alle in den Sack. Wer heute umsteigt, zahlt morgen drauf. TelDaFax liefert für 667 Euro im Jahr, FlexStrom für 754 Euro, Vattenfall verlangt 787 Euro, Rhönstrom 800 Euro. So kommt man vom Regen in die Jauche! Man müsste schon ins Saarland ziehen, wo die Daseinsbasis weniger eifrig privatisiert wird.

Was sagen eigentlich die Grünen dazu? Frau Künast erklärte der BZ-Redaktion: »Es gibt längst viel mehr Gemeinsamkeiten mit der Wirtschaft als man vorher so dachte.« Aha! Und Ex-Finanzminister Steinbrück, der doch nichts mehr zu verlieren hat? Der ist jetzt bei Krupp und Thyssen im Aufsichtsrat. Da sind das alles keine Beträge. Und DIE LINKE? Die sagt: »Nach den Wahlen kommt das zahlen!« Womit sie Recht hat.

Aber was nutzt mir das? Ich habe gelesen, dass Stiftung »Warentest« 25 Sorten Rotkohl geprüft hat. Der für 45 Cent ist genau so gut wie der für 4,95. Beide schmecken zwar halb so gut wie der, den meine Frau macht. Aber so holen wir das Stromgeld wieder rein. Und beim Kochen machen wir die Taschenlampe an!

Arthur Paul

Impressum

Bezirksvorstand Berlin-Mitte der Partei DIE LINKE

Geschäftsstelle: Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin, Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337, E-Mail-Adresse: info@die-linke-berlin-mitte.de

Internet: www.die-linke-berlin-mitte.de

V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

Satz: sternberg media

Druck: Druckerei Bunter Hund

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Eine Parallellität zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht (Genus und Sexus) besteht nicht. Bezeichnungen mit der Endung -innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist.

Redaktionsschluss: 26.11.2009

Ausgabebetrag für Nr. 1/10 - 14.1.2010

mittendrin · 12/2009

Piraten... ahoi?

Wohin segelt die neue Partei?

Die Piratenpartei entstammt einer Bürgerrechtsbewegung, die als Gegenbewegung auf den Überwachungswahn der großen Koalition verstanden werden kann. Dabei ist es die Regierung selbst, die durch Vorratsdatenspeicherung, biometrische Daten in Pässen, Überwachungskameras und Internetzensur den Piraten seit Anfang des Jahres eine Verzehnfachung ihrer Mitglieder brachte.

Mit Begriffen wie Zensursula (Von der Leyen brachte die Internetzensur auf den Weg), Schäublone und Stasi 2.0 (2.0 ist eine Anlehnung an die Versionsnummern im Bereich der Softwareentwicklung) erkämpfte sie sich einen Achtungserfolg von 2,0 Prozent bei der Bundestagswahl.

Es gibt drei Gründe, warum wir uns darüber freuen sollten.

- 1. Die Forderungen der Piratenpartei decken sich mit den unseren.** So ist u.a. der Kampf gegen die Überwachung der Bürger, für staatliche Transparenz, für eine Gleichberechtigung beim Internetzugang und für mehr Bildung auch der unsere. Ebenso fordern wir Open Access, eine Änderung des Urheberrechtes und informelle Selbstbestimmung. Der Erfolg der Piraten gibt also auch uns Recht, setzt die Regierung unter Druck und sorgt somit direkt für eine Besserung.
- 2. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass gerade unter den jungen Menschen die Politikverdrossenheit besonders hoch ist.**

Die vier Konsensparteien haben sich durch ihre Wechselhaftigkeit und Inkonsequenz unglaubwürdig gemacht oder direkt durch schlechte Bildungspolitik für Frust gesorgt.

Die Verdrossenheit der jungen Leute ist daher die logische Folge und liegt nicht an geistiger Verarmung sondern an politischer. Durch einen jugendlichen Stil und Themen, die junge Leute beschäftigen, wird ein allgemeines Interesse an Politik gene-

riert, das sich schnell auf andere Themenfelder ausweiten kann.

- 3. Es gibt gerade in Westdeutschland viele Menschen, die davor zurückschrecken DIE LINKE zu wählen.** Selbst, wenn sie sich mit uns in allen Punkten einig sind, ist es für sie noch undenkbar, uns ihre Stimme zu geben. In diesen Fällen kann die Piratenpartei zu einer Brücke werden.

Ausblick: Die Piratenpartei deckt bisher nur wenige Themen ab. Zu allen weiteren Fragen existiert keine einheitliche Meinung. Daher kann die Piratenpartei für stärker politisch interessierte Menschen keine Option sein. In Zukunft wird sich die Piratenpartei, die von rechtsliberal bis anarchistisch-liberal reicht, vermutlich nur in unstrittigen Bereichen das Themenfeld erweitern können und dabei vor allem einen Schwerpunkt auf die direkte Demokratie setzen.

Somit bleibt sie zunächst meine Empfehlung für alle, die nicht DIE LINKE wählen möchten.

Daniel Schürmann

Mitglied der Jugend-BO »Peaceful streetfighter«

Der Text erschien in einem Internetforum, in dem sich politisch interessierte junge Menschen über Politik und Parteien austauschen.

Wir gratulieren im Dezember zum Geburtstag!

- | | |
|----------------|--|
| Zum 93. | Ursula Iwohn |
| zum 89. | Eveline Lüders |
| zum 88. | Margarete Marggraf,
Luzie Rosenberg |
| zum 87. | Anneliese Goetz |
| zum 85. | Marianne Berger,
Ursula Neelsen |
| zum 84. | Werner Hötling,
Lieselotte Schulz,
Annemarie Wilcke,
Hans-Ullrich Wolff |
| zum 82. | Anneliese Gunkel |
| zum 81. | Ingeburg Ciesielski,
Wilhelm Schmidt,
Arthur Schultz,
Gerald Wagner |
| zum 80. | Edith Große, Holger Jäpel,
Ingelinde Kliche,
Lothar Rohland
Peter Thielmann |
| zum 75. | Edgar Gladitz, Fred Levyn,
Christa Märksch,
Gisela Schulze |

Herzlich Willkommen!

Unsere Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE. Bezirksverband Berlin-Mitte

Kleine Alexanderstr. 28

10178 Berlin

Telefon: 030 24 009 336

Fax: 030 24009 337

können Sie Montag bis Mittwoch

in der Zeit von 9.00 bis 16.30 Uhr,

Donnerstag bis 19.00 Uhr und Freitag bis

14.30 Uhr erreichen.